

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Seitungspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: **Ed. Müller**
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rötterstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 4909.

Anzeigengebühr
für die sechsgepaltene Kolonelleite 5 Mark.
Gesamtwertungen finden keine Aufnahme.

Der 13. März und seine Folgen

Die militärische, politische und wirtschaftliche Auswirkung der Ereignisse des 13. März lassen sich zur Stunde noch nicht in vollem Umfange übersehen. Die Kräfte, die durch den wahnsinnigen Putsch der Kapp-Lüttwisch am 13. März ausgelöst wurden, stehen noch in wechselseitigen Kämpfen. Die Kampfströme waren und sind heute noch nicht einheitlich; sie zeigen den ungeheuren Sättigungsprozess, in welchem sich das gegenwärtige politische und wirtschaftliche Leben Deutschlands befindet. Trotzdem wollen wir heute schon versuchen, auf Grund der bereits geschaffenen Tatsachen die mögliche weitere Auswirkung der Ereignisse festzustellen, wobei wir uns bewusst sind, daß sich der Verlauf der als Folgewirkung des Weltkrieges ausgelebten proletarischen Revolution unterbrechen oder auch schneller als wir glauben vollziehen kann.

Eine ernste politische Krise tritt zunächst als Folge des Putsches der Kapp-Lüttwisch in die Erscheinung: die gegenwärtige politische Konstellation Deutschlands ist in Frage gestellt. Diese Krise mag vielleicht bereits gelöst sein, wenn diese Zeitung in die Hände unserer Mitglieder gelangt. Aber wie diese Krise auch gelöst werden mag, die Entwicklung der politischen Parteien, wie auch die der Gewerkschaften wird davon abhängen. Die Gewerkschaften sind durch die Maßnahmen des Vorstands des Gewerkschaftsbundes aus ihrer politischen Neutralität gerissen und der hohen Politik zugeführt in einem Maße, das uns selbst die kühnste Phantasie nicht hat träumen lassen. Das zwingt uns nunmehr, die objektiven Ursachen der gegenwärtigen politischen Verhältnisse zu untersuchen und ohne Rücksicht auf irgendwelche Zustände oder Personen die nach unserer Meinung notwendige Kritik zu üben.

Wir haben bereits vor Monaten unsere Leser auf die Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands aufmerksam gemacht. In der Nummer 47 vom 22. November 1919 wiesen wir auf die reaktionären und gegenrevolutionären Mächte des alten Regimes, auf die Bewahrung, das Treiben und die Verschönerungen der Offiziersklasse hin. In der Nummer 49 vom 6. Dezember 1919 legten wir in einem Artikel „Vor dem Staatsstreich“ die unmittelbare Gefahr eines Militärputsches dar. Was wir besonders in letzterem Artikel vorhergesagt haben, ist am 13. März bis in alle Einzelheiten eingetreten. Wir haben damals auch auf die Ursachen des kommenden reaktionären Staatsstreiches hingewiesen, indem wir schrieben: „Das verklägte Volk Deutschlands hat während des Krieges unfagbar schwer gelitten und ist nach dem Kriege noch mehr in Not und Elend hinabgedrückt worden. Aus dieser Not und Entbehrung wachen Empörung und Ingrimm über diese Tatsache hervor, zugleich aber das heisse Verlangen nach der Befreiung aus diesem Elendszustand. Darum setzen die revolutionären Kräfte zu neuem Stöße gegen das Gefüge der kapitalistischen Gesellschaft an. Die kapitalistische Gesellschaft, gestützt auf die Regierung und auf die parlamentarische Demokratie, sucht das erschütterte kapitalistische System wieder aufzurichten und gegen den Ansturm des revolutionären Proletariats zu schützen. Sie schafft sich dazu reale Machtmittel in einer Reichs- und Sicherheitswehr, konnte es aber nicht verhindern, daß diese Machtmittel in die Hände monarchisch gestimmter Offiziere gerieten, die sie gegen die Regierung der Demokratie ansetzen, wenn diese sich den Reaktionären gegenüber widerspenstig zeigt.“

Schon lange vor dem 13. März waren die monarchischen Staatsstreicher in der Lage, die Regierung und die Nationalversammlung davonanzujagen. Die besonnenen Elemente rieten davon ab, sie wollten die Zeit dazu heranreifen lassen. Aber die Dinge haben ihre eigene Logik. Unversehens war der Staatsstreich da. Die Schuld trägt die Regierung, die hinter ihr stehenden Koalitionsparteien und vor allem Moske selbst. Die Regierung konzentrierte ihre ganze Kraft gegen links, während sie den monarchischen Staatsstreikern jede Bewegungsfreiheit gelassen hat. In einem Artikel in Nr. 5 mit der Überschrift „Die Angst“ haben wir die von Lüttwisch-Graben regierende Bauer-Moske in ihrem Tun und Treiben vorgeführt, wie sie unter der Brutalität gegen das Proletariat ihre schlotternde Angst und Schwäche zu verbergen suchten.

Wir haben am 6. Dez. 1919 in der Nr. 49 auch dargelegt, wie sich die Arbeiterschaft bei einem Staatsstreich verhalten muß. Wir sagten, daß dadurch der Bürgerkrieg in Deutschland erneut in ein altes Stadium treten würde als Gegenwirkung der Arbeiterschaft und führten dann weiter aus:

„Das Ziel dieser Gegenwirkung darf freilich nicht sein, die bürgerliche Republik zu retten vor dem Staatsstreich der Monarchisten und sie mit Arbeiterblut wieder zusammenzuleimen, auf daß sie auf neue die Arbeiterklasse wie vorher politisch und wirtschaftlich unterdrückt. Die bürgerliche Republik ist die Brutstätte der monarchischen Reaktion. Die scheinsozialistisch-bürgerliche Regierung hat sich aus Furcht vor der Arbeiterklasse in die Arme des neuen Militarismus geworfen. Sie hat die Einwohnerwehren und Bauernwehren geschaffen. Sie hat Hindenburg und Ludendorff wie Hefflinger nicht nur ruhig arbeiten lassen, sondern hat ihnen das Sondereisen erleichtert. Sie hat die Arbeiterklasse, die erbitterte Gegnerin dieser Kreise, mit voller Absicht geschwächt. Ihr ganzes Herrschaftssystem ist eingestürzt auf das eine Ziel: Niederhaltung der Arbeiterklasse, Niederhaltung der sozialen Revolution. Die bürgerliche Republik verteidigen gegen den monarchischen Staatsstreich würde für die Arbeiterklasse bedeuten, selbst das Instrument ihrer Unterdrückung zu unterwerfen. Die Arbeiterklasse muß den Kampf aufnehmen. Sein Ziel aber muß sein, gleichzeitig mit der Macht der monarchischen Reaktion die Macht des kapitalistischen Systems zu zerbrechen, an die Stelle der bürgerlichen Republik die Arbeiterrepublik Deutschlands zu setzen und mit Hilfe der Klassenmacht des Proletariats den Weg zum Sozialismus zu bahnen. Die deutschen Proletarier haben 1918 für die Bourgeoisie gekämpft, die sie verrät. Sie haben 1918 den bürgerlichen Mittelparteien, die zu feig waren, sich selbst die politische Macht zu erkämpfen, zur politischen Macht verholfen und haben dafür die Diktatur der bürgerlichen Republik gerettet. Sie müssen erkennen, wohin die Politik der scheinsozialistisch-bürgerlichen Regierung führt, die die Früchte der Revolution erntet:

zum Staatsstreich der Reaktion. Sie mögen daraus die Lehre ziehen, daß es an der Zeit ist, an die Aufrichtung ihrer eigenen Macht zu denken, wenn sie nicht dauernd Sklaven bleiben wollen.“

Die angezogenen Artikel haben uns schwere Vorwürfe eingebracht. Selbst Kollegen, die politisch auf unserem Boden stehen, gaben uns ihren Unwillen kund. Die Ereignisse haben uns recht gegeben. Und wenn wir jetzt dazu übergehen, die nunmehr gegebenen Tatsachen auf ihre weitere Auswirkung zu untersuchen und dabei das Verhalten der Parteien, Instanzen und verschiedener Personen kritisch behandeln, so wissen wir heute schon, das man uns abermals Vorwürfe machen wird, die wir aber ertragen werden, wie wir die früheren ertragen haben.

Nachdem die Regierung Ebert-Bauer-Moske durch ihre feige Flucht der Kapp-Lüttwisch-Gesellschaft die Regierung überlassen hatte, trat das gesamte Proletariat Deutschlands in den Generalstreik. Nicht um den Hasenfuß die Ministerstempel wieder freizumachen und die bürgerliche Republik zu verfestigen, sondern um die proletarische Revolution ein gut Stück vorwärts zu treiben. Die Kräfte und Gegenkräfte waren nicht überall gleich. In dem westfälischen Industriegebiete stieß das kämpfende Proletariat sehr weit vor. Es schlug die militärischen Kräfte der Kapp-Lüttwisch wie auch die der Bauer-Moske und setzte sich außerdem in den Besitz der politischen Macht. Ähnlich, wenn auch nicht so günstig, stand es in mehreren Bezirken Mitteldeutschlands und im vogtländischen Gebiet. Auch in Pommern und Mecklenburg beherrschte die Arbeiterschaft an vielen Stellen die militärische und politische Gewalt, dergleichen auch im Freistaat Sachsen und in der Provinz Brandenburg. Andere Städte standen tagelang im beständigen Kampfe, der oft sehr verlustreich war und der Arbeiterschaft Niederlagen brachte. In Berlin wurde der Generalstreik restlos durchgeführt, das gesamte Wirtschaftsleben dieser Riesestadt stand still und unterhöhlte die in Berlin militärisch starke Stellung Kapp-Lüttwisch in wenigen Tagen. Eine bewaffnete Gegenwehr konnte die Berliner Arbeiterschaft nicht aufnehmen, dazu fehlten ihr die Waffen, während dem Gegner nicht nur zahlenmäßig starke militärische Kräfte zur Verfügung standen, sondern auch gut ausgerüstete und im Straßenkampf erprobte Truppen.

Die im Kampfe stehenden Arbeiter, Angestellte und Beamte, denen sich auch neuerelemente bürgerliche Elemente angeschlossen, bildeten eine geschlossene Kampffront gegen Kapp-Lüttwisch, aber nicht auch gegen die alte Regierung Ebert-Bauer-Moske. In vielen Orten hatten die drei Arbeiterparteien S. P. D., U. S. P. D. und K. P. D. sich zu gemeinsamem Vorgehen verpflichtet. Als aber die fünfjährige Regierung Kapp-Lüttwisch beseitigt war, versuchten die auf dem Boden der alten Regierung stehenden den Kampf abzubringen, da ja ihr Ziel erreicht war. Das deutsche Proletariat ist zurzeit noch keine einheitlich revolutionär-gestimmte Masse. Diese Tatsache muß beachtet werden. Das Proletariat zu einer einzigen geschlossenen Kampffront zusammenzufassen, muß die nächste Aufgabe sein.

Zurzeit hört man überall den Ruf nach der Einigung des Proletariats. Aber solange noch erhebliche Teile des Proletariats auf dem Boden der formalen Demokratie und der Arbeitsgemeinschaften stehen, während andere Teile die Demokratie und die Arbeitsgemeinschaften ablehnen und den revolutionären Klassenkampf wie auch die Klassenherrschaft des Proletariats zur Verwirklichung des Sozialismus für notwendig erachten, ist eine Einigung unmöglich. Beide Geistesrichtungen müssen im Meinungskampfe sich durchsetzen versuchen, nur so kann schließlich eine Einigung des Proletariats erfolgen, das heißt, es muß einer Geistesrichtung gelingen, das Proletariat hinter sich zu scharren.

Die geistige Konstellation des deutschen Proletariats macht es den politischen Parteien zur Pflicht, die Führung der politischen Kämpfe zu übernehmen. Auf keinen Fall darf sich eine Gewerkschaft oder der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Führung politischer Kämpfe anmaßen. Wohl kann eine Gewerkschaft oder auch der Vorstand des A. D. G. B. eine politische Parole ausgeben, die den Beschlüssen seiner übergeordneten Körperschaft entspricht, damit ist seine Tätigkeit erschöpft. Ob diese Parole von dem einzelnen Mitglied befolgt wird, das hängt ganz von der politischen Überzeugung desselben ab. Die Gewerkschaft vereint alle Arbeiter, unbefürchtet ihrer politischen Überzeugung, während eine Partei nur Mitglieder dulden kann und darf, die auf dem Boden ihres politischen Programms stehen. Wir haben diese Auffassung auch vertreten bei den Wahlen zu den Betriebsräten, weil nach unserer Auffassung es sich dabei um eine Wahl handelt, bei der die politische Überzeugung der Mitglieder entscheiden muß. Das bedingt wiederum, daß sich die Gewerkschaften mit politischen Fragen beschäftigen, denn der zur Gesundung der Arbeiterbewegung führende politische Meinungsaustrausch kann und darf innerhalb der Gewerkschaften nicht unterbunden werden. Ist die Klärung soweit gefördert, daß innerhalb der deutschen Gewerkschaften eine einheitliche politische Meinung vorhanden ist, dann können die Gewerkschaften gemeinsam mit der anerkannten politischen Partei die Führung politischer Kämpfe übernehmen.

Was hat sich nun bei dem politischen Generalstreik ereignet? Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes hat die Führung zu übernehmen versucht. Legien verhandelte mit der Krümmern der davongelaufenen Regierung nicht als Politiker, sondern als Vorsitzender der deutschen Gewerkschaften. Er forderte zuerst den Rücktritt der gesamten Regierung und unterbreitete gleichzeitig ein Programm. Nach stundenlangen Verhandlungen konnten Vereinbarungen zustande, die von der „Woffischen Zeitung“ als „unklar in Form und Zielen“ bezeichnet werden und die von dem seit November 1918 reaktionär gebärdenden „Berliner Tagblatt“ bezeichnet wurden als „nicht so schwerwiegender Natur, daß sie nicht bei etnigen guten Willen durchzuführen wären“, zumal ja durch die mündlichen Verhandlungen die beim schriftlichen Lesen erscheinende Schärfe genommen werden sei.

Als die Fraktion der sozialdemokratischen Partei der Nationalversammlung in Stuttgart Gustav Moske das Vertrauen aussprach

und dadurch einen Teil der Legienschen Forderungen fallen ließ, erklärte Legien, er werde seine Forderungen der Fraktion nochmals unterbreiten, füge sich die Fraktion nicht, dann werde er und seine Freunde aus der Fraktion austreten, damit sei die Fraktion der S. P. D. erledigt und mit ihr die ganze sozialdemokratische Partei.

Diese Vorgänge beweisen, daß der Vorstand des deutschen Gewerkschaftsbundes, der noch vor wenigen Wochen die Gewerkschaften ausschließen wollte, die die Politik in die Gewerkschaften tragen, jetzt selbst die höchste Politik treibt. Er hat das ja schon früher getan. Wir haben diese widerliche Heuchelei in der Nr. 12 unserer Zeitung in dem Artikel „Der Kampf um die Betriebsräte“ entsprechend gewürdigt.

Als Legien sein Ziel erreicht glaubte, dekretierte er den Abbruch des politischen Generalstreiks. Es führte ihn dabei nicht, daß zur selben Stunde der monarchisch gestimmte General v. Seeckt den verschärften Belagerungszustand und die Standgerichte verhängte, auch nicht, daß die Regierung Bauer mit den Baltikumern verhandelte über ihre Verwendung zur Niedererschlagung der rheinisch-westfälischen Arbeiter, auch nicht, daß eine große Anzahl Parteigenossen wegen ihrer Gesinnung standrechtlich erschossen wurden. Dessen ungeachtet verlangt Legien und mit ihm der Vorstand des Gewerkschaftsbundes den Abbruch des Generalstreiks. Damit war die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse getrümmert und ihre Aktionskraft gelähmt, trotzdem auch nicht die mindeste Sicherung für die Durchführung der verschwommenen Vereinbarung gegeben war. Wir müssen es aber auch auf das aller Schärfste zurückweisen, daß eine Instanz sich das Recht anmaßt, den Abbruch des Streiks über die Köpfe der Streikenden hinweg zu verfügen. Darüber haben die Streikenden durch ihre Vertreter selbst zu entscheiden. Wir glauben, über die Notwendigkeit der Fortführung des Streiks sind große Teile der Arbeiterschaft anderer Meinung als Legien. Wenn auch nicht die Räterregierung als jetzt erreichbares Ziel erstrebt wurde, so glaubten doch viele, das Proletariat sei in einer Kampfposition, die ein weiteres Vortreiben zum Sozialismus ermöglicht, und daß vor allem vor Abbruch des Streiks erst Sicherungen gegen Rückschläge geschaffen sein müssen.

Welche Bewirung die Tätigkeit des Vorstandes des Gewerkschaftsbundes nicht nur in die Reihen der Streikenden, sondern auch in die Reihen führender Gewerkschafter getragen hat, das beweist wiederum die Haltung der Berliner Gewerkschaftskommission. Bei der Wahl zu den Betriebsräten ordnete sich diese Fraktion unter die Parole des Bundesvorstandes, trotzdem die Mehrzahl der Mitglieder politisch eine andere Auffassung haben, sie fügten sich aber, damit keine Politik in die Gewerkschaften getragen wird. Jetzt macht der Vorstand des Gewerkschaftsbundes in der höchsten Politik und nun ordnet sich die Gewerkschaftskommission wiederum unter die Parole des Bundesvorstandes, trotzdem Legien klar und scharf zu erkennen gegeben hat, daß er auf dem Boden der formalen Demokratie und der Arbeitsgemeinschaften steht, während die Mehrzahl der Mitglieder der Gewerkschaftskommission nach ihrer politischen Überzeugung das Gegenteil vertreten müssen. Und das neuerlich, daß Legien nichts anderes als einen Schacher um die Ministerposten trieb, den ein Revolutionär nicht unterstützen darf.

Der Vorstand des Gewerkschaftsbundes will maßgebenden Einfluß bei der Neubildung der Regierung ausüben. Es hat den Anschein, daß eine stark gewerkschaftlich orientierte Regierung zustande kommt, die sich auf die Demokratie und die Arbeitsgemeinschaften stützt. Das wäre im wesentlichen dieselbe Politik, die bisher vom schwarz-gold-rosaroten Block getrieben worden ist, nur mit anderen Personen, die nicht eine politische Partei, sondern das Milionengemisch der Gewerkschaften hinter sich haben. Damit würden die Gewerkschaften noch stärker in eine Politik hineingezogen, die wir für verhängnisvoll halten. Nach unserer festen Überzeugung würden die Gewerkschaften dadurch dem gleichen Schicksal verfallen, dem die rechtssozialistische Partei verfallen ist, sie würden von rechts und links zermalmt werden. Unsere Organisation muß sich auf Grund ihrer Stuttgarter Beschlüsse entscheiden wehren, wenn von dem Vorstand des Gewerkschaftsbundes der Versuch gemacht werden sollte, sie mit an den korrupten und bankrotten bürgerlich-demokratischen Staatskarren zu spannen.

Unsere Befürchtungen sind um so berechtigter, da durch den frühzeitigen Abbruch des Generalstreiks die alten Gewalten sich wieder zu fähigen beginnen und zum Schläge gegen die weit vorwärts gestürzten Genossen in Rheinland und Westfalen wie auch an anderen Orten Deutschlands ausholen. Die Regierung hat bereits Kommissare nach Paris geschickt, die von der Entente die Erlaubnis zu großen militärischen Maßnahmen im Ruhrgebiet einholen sollen. Der Beschluß der Gewerkschaftsvorstände und der Vorstände der beiden sozialdemokratischen Parteien vom 22. März besagt unter Punkt 5, die Reichsregierung habe die bindende Erklärung abgegeben, daß die bewaffneten Arbeiter, insbesondere im Ruhrrevier, nicht angegriffen werden sollen. Hier sehen wir, was von den „bindenden Erklärungen“ der Reichsregierung zu erwarten ist.

Die alt gewordenen revolutionären Kräfte wirken sich weiter aus, das ergibt sich aus den gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Stellung der Regierung ist politisch und wirtschaftlich stark geschwächt. Sollte sie wie früher sich nur auf militärische Gewalt stützen, dann wird sie bald zusammenbrechen. Sie kann sich auch nicht mehr auf die bürgerlichen Parteien stützen, sondern muß ihren Fall in den Arbeitermassen suchen. Dabei muß aber auch die „verfassungsmäßige parlamentarisch-demokratische Grundlage“ preisgegeben werden. Ein rein sozialistisches Ministerium auf dieser Grundlage würde auch sehr bald im revolutionären Wirbel unserer Zeit verschwinden. Nur diejenigen, die ihr lazes revolutionäres Programm hochzuhalten vermögen und es verwirklichen erstreben, werden den Stürmen standhalten.

Stuttgart, den 26. März 1920.

Wir haben gelernt!

Die Gegner der Forderungen der organisierten Arbeiterchaft, besonders bei der Sozialisierung, gehen jetzt mit der Organisation der Arbeit in Russland hausieren. Die Maßnahmen, die tatsächlich Sowjetrußland ergreift, um die wirtschaftlichen Aufgaben lösen zu können, werden hingestellt als Taten, die im Widerspruch stehen zu den politischen und gesellschaftlichen Grundsätzen, welche von der Arbeiterchaft aufgestellt und für die sie Jahrzehnte gekämpft und gestritten hat.

Die Besonderen niedlich bringt dies „Der deutsche Metallarbeiter“, Organ der Christlichen, zuwege. Er glaubt, die „U. S. P.-Leitung“ des vollen, sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes“ darauf hinzuweisen zu müssen und empfiehlt uns, aus den Vorkommnissen in Rußland zu lernen zum Nutzen des deutschen Vaterlandes.

Rußland hat Arbeitsarmeen aufgestellt, welche nach den Gegenden dirigiert werden, wo momentan das Wirtschaftsleben gebietet, sofort mit aller Kraft eingzugreifen, um die Produktion auf die Höhe zu bringen, um somit den Bedürfnissen des Staates gerecht zu werden. Besonders ist dies in den Gegenden der Fall, die bis vor kurzer Zeit in den Händen der Gegenrevolutionäre sich befanden, wie der Ural und das Dongebiet, die Quellen der russischen Industrierohstoffe, welche bisher für den Bedarf der Nation nicht erreichbar waren.

Man ruft uns zu, aus dem russischen Vorgehen zu lernen. Wir haben in dieser Sache nichts zu lernen, sondern die uns mahnen wollen, mögen daraus lernen. Erst dem deutschen Proletariat die Freiheit, die das russische besitzt, gibt ihm die Geschicklichkeit, für sich und seine Zukunft zu schaffen, gibt ihm das Recht, die Früchte seines Fleißes auch zu genießen.

Das Sozialisierungsproblem in Deutschland

Das Umfange der Sozialisierung. Es ist klar, die für die Sozialisierung ansprechen, fordern zu nächst die Sozialisierung des Bergbaues aus verschiedenen Gründen. Nicht nur deshalb, weil die Kohle die Grundlage des gesamten Wirtschaftswesens bildet, sondern vielmehr aus dem Grunde, weil die Kohlenindustrie von privatrechtlichen monopolistischen Organisationen — Kohlenkartellen — beherrscht wird.

Genosse Giffenberg sagte in seinem Vortrag auf dem Reichstages zu Bielefeld, daß die Sozialisierung sich auf solche Fälle beschränken mußte, in denen die großen Kartelle und Trusts vorgebildet sind. Danach würde die Sozialisierung auch auf große Teile der Eisenindustrie, die ebenfalls kartelliert sind, übergehen.

Alle jene, welche glauben, die entschlossenen sozialistische Arbeiterchaft auf Rußland hinweisen zu müssen, können ihre Worte sparen. Gerade weil die deutsche Arbeiterchaft aus den Verhältnissen in Rußland gelernt hat, ist sie fest davon überzeugt, daß dies der einzige mögliche Weg ist, zum Sozialismus zu gelangen.

Wenn diese Zeilen in die Hände unserer Leser kommen, wird die Niederschlagung der Krapp und Genossen gelungen sein. Diese kurzlichen Kräfte hatten nicht mit der furchtbaren Waffe der organisierten Arbeiterchaft gerechnet, sie glaubten, gestützt auf die Truppen, ihren Willen durchsetzen zu können.

Die wirtschaftliche Lage Sowjetrußlands

Die Lage des Transportwesens in Sowjetrußland. Gegen Ende Januar 1920 fand in Moskau der 3. allrussische Kongress der Wirtschaftsräte statt, auf dem die Wirtschaftslage Sowjetrußlands von verschiedenen Gesichtspunkten aus beleuchtet wurde.

„Vor zwei Jahren schien es“, sagte Lomonossow, „daß wir nur zwei Auswege haben — entweder mit Epe unterzugehen oder die soziale Revolution in der ganzen Welt zu entzünden.“

Unserer Voraussagen haben sich nicht ganz erfüllt. Wir stehen vor einer dritten Zwischenlösung des Problems; wir sind nicht untergegangen, aber auch die Weltrevolution erwacht nicht so rasch, wie wir dachten.

* Beachte die Abhandlungen in den Nummern 10 und 11.

die Lage nicht ändern: die Waren, die zu uns durch die Westgrenze geschickt werden, werden wir per Bajje nicht weitertransportieren können.

Wir müssen unbedingt unsere Eisenbahn retten. Das ist die Grundaufgabe unserer Republik. Wir haben Kolkossal und Denikin besieg, wir müssen auch über die jetzigen Zustände des Transportwesens Herr werden.

Prof. Lomonossow schildert dann ausführlich die Entwicklung des Transportwesens während des Krieges und beweist, daß der Hauptgrund der jetzigen Misere in dem Einwaschen der kranken Waggon und Lokomotiven liegt.

Die Grundursache dieser Erscheinung ist in der langsamen Arbeit der Reparaturwerkstätten zu suchen. Vor dem Kriege wurden im Durchschnitt bei der mittleren Reparatur 8 v. H. der kranken Wagen in einem Monat ausgearbeitet.

Es ergibt sich somit ein klarer Bild. Wir haben keine Lokomotiven und können unsere Eisenbahnen nicht arbeiten lassen. Wir müssen alle unsere Kräfte für die Reparatur der Lokomotiven und Wagen aufwenden.

Prof. Lomonossow weist dann darauf hin, daß Rußland nicht so bald vom Ausland neue Lokomotiven bekommen kann. Wenn es jetzt Bestellungen machen sollte, so wird es erst im November diese erhalten können.

Die Brennstoffversorgung (nach dem Referat von Lomonossow).

Der Krieg hat die Produktionskräfte aller Länder erschöpft, aber insbesondere hat er die Lage der Brennstoffversorgung verschlechtert. Die Kohlenkrise in der ganzen Welt ist genug bekannt.

so findet man, daß der Konsum von Steinkohlen ungefähr 24 Millionen Tsd. betrug, wobei uns die eigene Gewinnung nicht ausreichte und wir ungefähr 1/3 Millionen Tsd. vom Ausland einführten.

Wir mußten mit geringen Resten von Kohle und Naphtha auskommen. Zu Beginn der Saison 1918/19 besaßen wir circa 80 Millionen Tsd. Naphtha.

Was die Verhältnisse in dieser Beziehung betrifft, so sind sie keineswegs aussichtslos, solange wir nicht im Besitz von Waku sind. Das Naphtha in Omba, das wir erobert haben, wird höchstens 10 Millionen Tsd. ausmachen.

Stahlwerten miflungten ft. weil sich dem die übrige Schwerindustrie widersetzt hat. Es wäre interessant zu erfahren, warum in dem Falle, wenn der Staat 10 bis 15 v. H. der Kohlen- und Eisenerze übernehmen sollte, er besser fahren würde als mit den De Wendelschen Werken.

Übrigens wissen wir, daß der ziemlich bedeutende Vergraben des preußischen Staates auf die Kohlenpolitik des Syndikats so gut wie ohne Einfluß geblieben ist. Es kommt also auf den Charakter des Staates an, was die meisten, die darüber schreiben, völlig außer acht lassen.

Sozialisierung der Banken.

Was die Bergesellschaftung der Banken betrifft, so finden wir, daß Otto Bauer wohl recht hat, wenn er sagt, daß die Sozialisierung der Banken nicht der Beginn des großen Sozialisierungswalles werden können.

Der Krieg aber hat die wirtschaftliche Funktion der Banken wesentlich verändert. Die Banken sind im Verlauf des Krieges so sehr zu Instrumenten des Staatsertrages geworden, daß demgegenüber ihre anderen Funktionen weit zurückgetreten sind.

Die Steinkohlenindustrie.

Im Gegensatz zu unseren Erwartungen haben wir das Donaugebiet in nichtgeforderten Zuständen vorgefunden. Während der Herrschaft der Weissen wurde dort Kohlen gewonnen und die Gewinnung stieg so gar systematisch an. Sie betrug ungefähr 50 Millionen Rubel monatlich. Auf diese Weise ist zu hoffen, daß wir die Bergwerke bald wieder in Betrieb setzen werden und daß wir schon in der nächsten Zukunft ungefähr 15 Millionen Rubel werden erhalten können.

Das Anthrazit in den Gebieten, die neben Kofstov und Kowotsheratz liegen, ist auch erhalten geblieben. An Vorräten werden es wahrscheinlich ungefähr 30 Millionen Rubel Steinkohle und 50 bis 70 Millionen Rubel Anthrazit. Was die anderen Steinkohlegebiete betrifft, so ist darüber folgendes zu sagen: Im Uralgebiet ist die Gewinnung von Steinkohle in rascher Entwicklung begriffen, mit Ausnahme von einem Gebiet, wo Ernährungsschwierigkeiten bestehen. Aber das an Kohle der besten Qualität reichste Gebiet Rußlands, Kusnez-Nischni, liegen keine genauen Angaben vor. Auf Grund der Angaben von den vorhergehenden Jahren darf man wohl annehmen, daß die Kohlegewinnung dort nicht weniger als 36 Millionen Rubel betragen wird. Die Kohlegewinnung in Turkestan war immer sehr gering. Wir nehmen an, daß sie etwa 2 Millionen Rubel liegen wird.

Die „Christen“ polemisieren

Mit unseren Ausführungen in Nr. 9 der Metallarbeiter-Zeitung hätten wir also mal ins Schwarze getroffen! Unser kleiner schwarzer Bruder in Duisburg gebärdet sich wie rasend. „Note Professorecher auf dem Kriegspfade“ bezieht sich das Geschimpfe auf unsere durchaus sachlichen Darlegungen. Der Artikel zeigt wieder einmal zur Genüge, auf welchem Niveau ein schwarzer Polemiker herabsinken kann, wenn er die Methoden der Münchener-Clubbacher Schule rechtzwecklos anwendet. Das wüthende Geschimpfe verriet, wie außer uns unangenehm es den Herrschaften ist, wenn ihnen der eigene schmutzige Spiegel einmal vorgehalten wird.

„Hohle Phrasen“ nennt der Kritikscheiber im „Deutschen Metallarbeiter“ unsere Darlegungen. Was hatten wir geschrieben? Wir hatten festgestellt und dies mit beweiskräftigem Material belegt, wie die Schwarzen versuchen, die Erfolge der politischen Umwälzung für sich zu reklamieren. Wir warnen an Hand von Beweisen die deutschen Metallarbeiter, welche außerordentliche Gefahr für die Errungenschaften der Revolution besteht, wenn sie den Schwänzengefangenen aus Duisburg irgendwie Gehör schenken. Als größten Erfolg der politischen Umwälzung bezeichnen wir den Achtstundentag. Der Achtstundentag in seiner Allgemeinheit steht auf dem Spiel, wenn die Besäße der Metallarbeiter in die Hände des Zentrumsmetallarbeiterverbandes gelangen. Zum Beweise für diese Behauptung zogen wir eine Rede des Vorsitzenden des „christlichen“ Metallarbeiterverbandes, Wieber, heran, die derselbe in einer Stadtverordnetenversammlung in Duisburg gehalten hatte. Um nicht der Unbeliebtheit geziehen zu werden, zitierten wir die diesbezüglichen Ausführungen Wiebers nicht aus einer sozialdemokratischen Zeitung, sondern wir bewandten wörtlich den Bericht der bürgerlichen Rhein- und Ruhrzeitung in der Nummer vom 20. November 1919. Hören wir nun, was das schwarze Metallarbeiterblatt zu dieser blamablen Lachschade zu sagen hat:

dem alten sozialdemokratischen Grundsatz: Nur immer feste drauß, es wird schon etwas hängen bleiben.

Ein wunderbares Jongleurstückchen! Demnach soll der Einbruch erweckt werden, als hätten wir uns diese Äußerung aus den Fingern gezogen. Wir fragen deshalb hier in aller Öffentlichkeit: Hat Franz Wieber sich in der Weise ausgesprochen oder nicht? Wir verlangen hierauf eine unzweideutige Antwort. Nach München-Clubbacher Manier wird dann der Zitatenfaden ausgetraut und zu beneiden gesucht, daß auch andere Leute sich ähnlich äußerten. Unter anderm wird auch der einstufige Sozialdemokrat und ehemalige Vorsitzende des Buchbinderverbandes, Emil Rieth als Kronzeuge herangezogen. Dieser „Kronzeuge“, der jetzt in konservativen und antisemitischen Wäutern sein ehemaliges eigenes Nest beschmückt und von seiner früheren Organisation mehr als 30 000 M für nichtbezahlte Überstunden verlangt, ist diesen schwarzen Gefellen durchaus ebenbürtig und fühlen wir uns veranlagt, zu diesem Helfershelfer zu gratulieren.

Der Internationale Gewerkschaftsbund gegen den weißen Terror in Ungarn

An die organisierten Arbeiter aller Länder! Kameraden! In seiner am 5. und 6. März in Amsterdam abgehaltenen Sitzung hat das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes von den entsetzlichen, unbeschreiblichen Verfolgungen Kenntnis genommen, denen die Arbeiter Ungarns jetzt unter der Gewaltherrschaft des weißen Terrors ausgesetzt sind. Tausende von Männern und Frauen, deren einzige Missethat darin besteht, daß sie in den dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Fachverbänden organisiert sind, schmachten in Gefängnissen und Konzentrationslagern, wo sie, den schlimmsten körperlichen und seelischen Qualen ausgesetzt, schließlich an den Martern und Entbehrungen zugrunde gehen. Mehr als 5000 Genossen sind bereits hingerichtet worden, ohne Unteruchung, jeden Rechtsmittels beraubt. Hunderten und Tausenden droht dasselbe Los, wenn es nicht gelingt, der Morgengier der Herrschenden in Ungarn die Fügeln anzulegen.

Das Büro des I. G. B. hält es für die Pflicht des organisierten Proletariats aller Länder, alle geeigneten Mittel anzuwenden, um dem gegen die ungarische Bewegung gerichteten Vernichtungskrieg und dem Mord an ihren besten Männern und Frauen Einhalt zu gebieten. Das Büro protestiert mit aller Macht gegen die bisher verübten Marterungen und Morde. Das Büro fordert von der ungarischen Regierung die sofortige Einstellung aller Verfolgungen. Das Büro verlangt von den Entente-Regierungen, auf die ungarische Regierung einen Zwang auszuüben, um diese zu nötigen, der Forderung des Internationalen Gewerkschaftsbundes vollständig nachzukommen. Das Büro ist entschlossen, falls die in der Gefängnissen und Konzentrationslagern gefangen gehaltenen Genossen nicht sämtlich in Freiheit gesetzt werden und der Morgengier der ungarischen Regierung und ihrer Offiziersbände auch weiter noch Arbeiter zum Opfer fallen sollten, seiner Forderung durch kräftigere Maßnahmen den nötigen Nachdruck zu verschaffen. Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes appelliert daher an alle angeschlossenen Landeszentralen und die ihnen angehörigen Organisationen, besonders an die Organisationen der Transportarbeiter, der Eisenbahner und der Post- und Telegraphenangehörigen, für den Fall, daß der Internationale Gewerkschaftsbund hierzu das Zeichen geben wird, jede Arbeit zu verweigern, die im Interesse der heutigen ungarischen Regierung verrichtet wird. Kameraden! Der Internationale Gewerkschaftsbund hat die ungarische Regierung und die Regierungen der Ententeländer von seiner Forderung in Kenntnis gesetzt. Von ihnen wird es abhängen, ob diese kräftigen Maßnahmen nötig sein werden oder unterbleiben können. Dauern die Verfolgungen an, dann gibt es gegenüber den Martern und Morden an unseren ungarischen Freunden für das Ungarn des weißen Terrors nur den absoluten Boykott. Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes rechnet auf euch! Es lebe die internationale Solidarität aller Länder! Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes: W. A. Appleton, Vorsitzender, L. Youhaug, 1. Vizevorsitzender, E. Mertens, 2. Vizevorsitzender, Edo Filmen, Sekretär, F. Dubegest, Sekretär.

Es ist auch nicht einzusehen, warum die kleinen Betriebe nicht lange in privatwirtschaftlichem Besitz bleiben sollen. Wenn in der kapitalistischen Gesellschaft viele Betriebformen der früheren Wirtschaftskrisen geblieben sind, selbst Reste der feudalen Verhältnisse, so könnte eine sozialistische Wirtschaftsordnung auch privatkapitalistische Betriebe dulden, die natürlich nur einen ganz geringen Umfang einnehmen dürften. Wie sich der Austausch von Waren mit diesen Betrieben vollziehen wird, wie sich ihre Produktion in das ganze System der staatlichen Verteilung der Produkte einordnen wird, wird die Zukunft lehren. Prinzipiell kann man aber gegen das Fortbestehen solcher privatkapitalistischer Unternehmen nicht viel einwenden. Auf jeden Fall wird man sich mit ihrer Existenz noch lange abfinden müssen. Ist dem aber so, denkt an die sofortige Sozialisierung der kleinen und mittleren Betriebe niemand, so kann und darf man den Apparat nicht aus der Welt schaffen, der diese Betriebe mit Kapital speist und sie über Wasser hält. Eben deshalb müssen die Banken solange bestehen bleiben, bis die Verteilung des Kapitals nicht organisiert worden und der Staat noch außerstande ist, diese kleinen Unternehmer zu unterstützen. Man darf auch die Funktion der Banken als Reservoir des Kapitals nicht übersehen. Ihnen gelingt es viel leichter, das Vertrauen der kleinen Sparer, besonders in bewegten revolutionären Zeiten zu erhalten als etwa einer Staatsbank. Es hängt allerdings von der Gesamtpolitik des Staates ab, inwieweit er das Vertrauen der kleinen Sparer gewinnen kann. Wird die Nationalisierung nicht durch Expropriation, sondern auf dem Wege der Entschädigung durchgeführt, so werden die kleinen Sparer auch dem Staate ihr Geld anvertrauen. Auf jeden Fall darf man den Mechanismus der Kapitalammlung nicht brechen, bevor man nicht einen neuen an seiner Stelle, einen ebensovgt wirksamen, geschaffen hat. Otto Bauer schlägt auch nicht die Sozialisierung der Banken, sondern ihre Überwindung vor. Er sagt: „Die Sozialisierung der Banken hat eine ganz andere Aufgabe als die Vergeßlichkeit der Großindustrie oder des Grundbesitzes. Hier handelt es sich nicht darum, den Boden und die Arbeitsmittel in den Besitz der Gesellschaft zu überführen, sondern darum, die Macht, die die Verfügung über die fremden Kapitalien, die den Banken zur Verfügung gestellt werden, dem Finanzkapital gibt, ihm zu entreißen und sie der Gesellschaft zuzueignen. Daher bedarf es in diesem Falle keiner Expropriation; es genügt, die Macht, die heute die Aktionäre der Banken durch die von ihnen gewählten Verwaltungsräte ausüben, den Vertretern der Volk-

Der Aufruf des Vorstandes zum Generalstreik

Als am Morgen des 13. März die ersten Meldungen über den Aufruf der Reaktion in Stuttgart einliefen, nahm der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes sofort zu den Vorkommnissen Stellung und erließ einen Aufruf an die Bezirksleitungen und Ortsverwaltungen, welchen wir hiermit auch allen Kollegen zur Kenntnis bringen wollen:

Die Reaktion hat zur Gegenrevolution ausgehollt! Beim Niederschreiben dieser Zeilen laufen die ersten Meldungen bei uns ein. Die seitherige Regierung gestützt, die Nationalversammlung aufgelöst, die Reaktion in Berlin im Besitz der Regierungsgewalt usw., das sind die Nachrichten, die uns bis zur Stunde erreichen.

Um was geht's? Wolle Klarheit muß darüber herrschen, daß es sich nicht etwa nur um einen politischen Staatsstreik handelt. Es geht um weit mehr. Die Reaktion geht an's Ganze. Das werktätige Volk soll mit Gewalt zurückgedrängt werden ins alte vorrevolutionäre Joch, politisch und wirtschaftlich geteubelt und unterdrückt. Man will die Arbeiterklasse zum willenlosen Ausbeutungssubjekt machen. Gerade wir Gewerkschaften haben in letzter Zeit an dem mit jedem Tage steigenden prozesshaften Übermut der Unternehmer gemerkt, wobei die Reize gehen soll.

Die Arbeiterklasse muß geschlossen auf dem Plan erscheinen, bereit zum Handeln, gewillt, alles einzusehen, um die Pläne der Reaktion zu durchkreuzen. Nicht darum handelt es sich, einzelnen Personen oder Parteien ihre ungesunden Ministerposten zu erhalten, sondern die Interessen des gesamten werktätigen Volkes stehen auf dem Spiele. Konsequentes, entschlossenes Handeln muß der Arbeiterklasse den Aufstieg sichern.

Ein sozialistische Republik! Das ist unser Ziel, das muß die Lösung des gesamten Proletariats sein, vereint unter revolutionärem Banner. Die politischen Parteien der Arbeiterklasse sind in diesen Stunden dabei, zum Kampf aufzurufen. Soeben trifft eine Nachricht ein, die die Proklamierung des Generalstreiks meldet. Es gilt zu handeln. Natürlich nicht ziellos oder verzettelt am einzelnen Ort, sondern planmäßig, einheitlich und geschlossen auf der ganzen Linie, entsprechend der Parole, die von den Trägern der Bewegung an das Proletariat ergeht. Bei diesen Kämpfen, deren Ernst und Schwere nicht unterschätzt werden darf, muß sich jeder Arbeiter darüber klar sein, daß er persönlich alles einzusehen hat. Bei solchen Kämpfen können natürlich nicht die Mittel der Gewerkschaftsorganisation als Unterstützung für etwaige Streiktage in Frage kommen, sondern diese Kämpfe sind nur siegreich durchzuführen, wenn jeder einzelne persönlich zu jedem Opfer bereit ist. Bis dieses Schreiben in die Hände unserer Funktionäre gelangt, haben die Zeitereignisse diese Zeilen zweifellos überholt. Wir können daher unseren Kollegen zur Stunde nur zurufen: Treter ein in die geschlossenere Kampffront des Proletariats! Kämpft unter revolutionärem Banner gegen die Reaktion! Für den Sozialismus! Zeigt euch als Avantgarde des kämpfenden Proletariats! Steht überall in vorderster Reihe! Euch ruft die Pflicht! Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Mit Sonntag den 4. April ist der 15. Wochenbeitrag für die Zeit vom 4. bis 10. April 1920 fällig.

- Wieder aufgenommen werden: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Eslingen: Der Schlosser und Fellenhauer August Riengle, geb. am 7. Juni 1880 zu Klosterreichenbach. Auf Antrag der Verwaltungsstelle Gera: Der Schiefer Paul Seliger, geb. am 8. September 1868 zu Münchensbersdorf. Auf Antrag der Verwaltungsstelle Jena: Der Dreher Karl Schmidt, geb. am 22. August 1855 zu Magdeburg. Öffentlich gerügt wird: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Langewiesen: Der Schlosser Walter Döfse, geb. am 12. Juni 1869 zu Großbreitenbach, Buch-Nr. 2, B53 940, wegen unkollegialen Verhaltens. Für nicht wieder aufnahmefähig werden erklärt: Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin: Der Kraftfahrer Emil Kiega, geb. am 29. Oktober 1898 zu Bernsdorf, Mitgliedschaftsausweis Nr. 181 289, wegen betrügerischer Manipulationen mit Beitragsmarken. Auf Antrag der Verwaltungsstelle Breslau: Der Bandagist August Schwenderling, geb. am 4. Dezember 1864 zu Wichau, Buch-Nr. 590 053, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

gesamtheit zu übertragen. Das geschieht, wenn durch Gesetz bestimmt wird, daß die Mitglieder des Verwaltungsrates jeder Großbank nicht mehr von der Generalversammlung der Aktionäre gewählt werden, sondern von den Körperschaften, die das Gesetz zu ihrer Wahl beruft. Man kann natürlich die Kontrolle über die Banken auch auf einem anderen Wege durchführen, indem der Staat Kommissare in die Banken schickt. Wie dem aber auch sei, immer hat in der Beziehung recht, daß die Banken in der Zukunft unter der Leitung des Staates das Kapital nach den verschiedenen Produktionszweigen je nach Bedarf auf Grund des Gesamtentwicklungsplanes hinüberzuleiten haben. So wird gerade die Vergeßlichkeit der Banken zu dem entscheidenden Schritt zur Überwindung der kapitalistischen Anarchie. Was die Sozialisierung der Landwirtschaft betrifft, so stimmen wir in dieser Beziehung durchaus mit Dr. Bauer überein, daß zunächst die Fortwirtschaft und der Großgrundbesitz vergesellschaftet werden müssen, daß aber der bürgerliche Betrieb unangeändert bleiben soll, wenn auch der Staat sich eine Reihe von Rechten gegenüber diesen Privatbetrieben verschaffen muß. So beispielsweise wird den Gemeinden ein Vorkaufsrecht an allem Boden zu sichern sein. Die Bauern und Pächter werden verpflichtet werden, Betriebsverwaltungs-gesellschaften zu bilden und ihr Getreide, soweit sie es zu verkaufen wünschen, nur an diese Genossenschaften abzuliefern. Andererseits hat der Staat planmäßige Aufklärungsarbeit durch Errichtung und Erhaltung von Winterschulen, von Versuch- und Musterfarmen zu betreiben. Die Bauern sind auch durch Lieferung von Kunstdünger und Maschinen zu unterstützen. Es wird hier in der Schrift von Bauer ein großzügiges Agrarprogramm entwickelt, auf das wir bei dieser Gelegenheit nicht näher eingehen haben. Es kommt vor allem darauf an, daß man die Verbindung zwischen Stadt und Land aufrecht erhält und noch möglichst festigt, indem man die städtischen Industriearbeiter mit eigenen Gütern ausstattet und ihnen die Möglichkeit gibt, zum Teil selber an der landwirtschaftlichen Arbeit beteiligt zu sein. In welcher Weise der Großgrundbesitz ausgegütet werden soll, ob in Staatsregie oder ob er an die Bauern und Arbeiter verteilt werden soll, ist heute nicht mehr ein Streitpunkt innerhalb der Sozialdemokratie, die sich ganz entschieden für den Grobbetrieb auch in der Landwirtschaft ausspricht. Wenn in Rußland in den ersten Perioden der Revolution ein anderer Weg eingeschlagen worden ist, so wurde es diktiert durch die politischen Verhältnisse, indem sich die Sowjetmacht auf die Bauern stützen wollte, die durch ihre Vertretung, die linken Sozialrevolutionäre, die Aufteilung des Bodens forderten. (Fortsetz. folgt.)

